

An optimal control approach to steam distillation of essential oils from aromatic plants.

"die frage eines beitriffs großbritanniens zur dritten stufe der wirtschafts- und währungsunion steht im zentrum der aktuellen europapolitischen debatte sowohl in der britischen öffentlichkeit als auch innerhalb der britischen regierung. obwohl die labour-regierung unter tony blair einen solchen schritt prinzipiell befürwortet, hat sie es bisher unterlassen, die einföhrung des euro mit nachdrücklicher politischer föhrung zu betreiben und das erforderliche referendum zu initiieren. zur erkläröng dieser politik new labours schlägt der autor eine konzeption der innerstaatlichen 'constraints' der europapolitischen präferenzbildung vor, die auf den grundprämissen des 'zwei-ebenen-ansatzes' beruht und neo-institutionalistischen argumentationslinien folgt. der autor kommt zu dem schluss, dass die präferenzbildung new labours entgegen den annahmen des liberalen intergouvernementalismus nicht schlüssig als funktion organisationsmächtiger wirtschaftsinteressen gefasst werden kann. auch eine erkläröng, die ausschließlich auf die empirische ausprägung der öffentlichen meinung abhebt, greift nach dieser analyse zu kurz. erst eine berücksichtigung der veröffentlichten meinung, des zwischenparteilichen wettbewerbes und der präferenzverteilung innerhalb der exekutive erlaubt eine umfassende erkläröng dafür, dass new labour es bisher nicht vermocht hat, die in ihrer meinungsbildung nicht vollständig verfestigte öffentliche meinung von den vorteilen einer einföhrung des euro zu überzeugen."

1. Einleitung

Bereits seit den 1980er Jahren problematisieren sozialwissenschaftliche Geschlechter-forscherinnen und Gleichstellungspolitikern Teilzeitarbeit als hoch ambivalente Strategie für Frauen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf: Kritisiert werden mangelnde Existenzsicherung, fehlendes Prestige und die geschlechterhierarchisierende vertikale und horizontale Arbeitsmarktsegregation (Jurczyk/ Kudara 1991; Kurz-Scherf 1993, 1995; Floßmann/Hauder 1998; Altendorfer 1999; Tálos 1999). In wohlfahrtsstaatlichen Arbeiten wird kritisch hervorgehoben, dass Ideologie und Praxis von Teilzeitarbeit, die als „Zuverdienst“ von Ehefrauen und Müttern zum männlichen Familieneinkommen konstruiert werden, das *male-breadwinner*-Modell (Sainsbury 1999) selbst dann noch stützen, wenn dieses angesichts hoher struktureller Erwerbslosigkeit und der Flexibilisierung der Arbeitsverhältnisse bereits erodiert ist. Als frauenpolitisch intendiertes Instrument wird schließlich Teilzeitarbeit als verkürzte „Bedürfnisinterpretation“ (Fraser 1994) identifiziert: Die Arbeitszeitreduktion von Frauen wird als Vereinbarung von Familie und Beruf, nicht aber von Familie und Karriere gedacht und realisiert.

Aus der Sicht von PolitikerInnen, Führungskräften und SozialwissenschaftlerInnen verlangen

hochqualifizierte Funktionen und leitende Positionen, d.h. Arbeitsplätze, die mit Macht, Geld und gesellschaftlichem Ansehen ausgestattet sind, ungeteilten Einsatz, Anwesenheit und Loyalität. Leitbilder von Führung enthalten die Prämisse der „Rund-um-die-Uhr-Verfügbarkeit“ im Sinne eines weit über die Normalarbeitszeit hinausgehenden zeitlichen Engagements (Burla et al. 1994; Kieser et al. 1995).

Demgegenüber gibt es aber empirische Evidenzen dafür, dass Leitungsfunktionen im Rahmen verkürzter Arbeitszeit wahrgenommen werden können. Ein Beispiel sind öffentlich Bedienstete, die in Österreich zur Ausübung eines politischen Demgegenüber gibt es aber empirische Evidenzen dafür, dass Leitungsfunktionen im Rahmen verkürzter Arbeitszeit wahrgenommen werden können. Ein Beispiel sind öffentlich Bedienstete, die in Österreich zur Ausübung eines politischen Man2003s (Nationalrat, Bundesrat, Landtag) ihre Arbeitszeit reduzieren und ihre berufliche Tätigkeit, selbst in leitenden Positionen, weiter ausüben. Die entsprechenden gesetzlichen Regelungen, die Beanspruchungspraxis und die politische Rede über Zeit- und Tätigkeitsstrukturen dieser Gruppe belegen, entgegen den oben skizzierten Positionen, dass Beruf und Beruf bzw. Beruf und Karriere vereinbar sind. Diese Form der Arbeitszeitreduktion bei öffentlich Bediensteten mit politischem Mandat wird jedoch weder als Teilzeitbeschäftigung diskutiert, noch ist sie unter diesem Begriff gesetzlich geregelt. Der